



Nummer 4
2017
64. Jahrgang

Der parteifreie Gewerkschafter

Informationsblatt der Parteilosen Gewerkschafter/innen Österreich

Sozialpartnerschaft muss erhalten bleiben

Ein Dauerbrenner im letzten Nationalratswahlkampf 2017 war das Thema Pflichtmitgliedschaft in Arbeiterkammer (AK), Wirtschaftskammer (WKO) und Landwirtschaftskammer (LK). Diese Interessenverbände arbeiten bereits seit 1945 mit den jeweiligen Regierungen gut zusammen.

Unsere Zeit ist sicherlich von permanenten Veränderungen geprägt, jedoch sollte man nicht leichtsinnig ein bewährtes System der Sozialpartnerschaft aufs Spiel setzen. Beschämend ist, dass in türkisblauen Kreisen äußerst offenherzig über eine Abschaffung oder zumindest Reduzierung der Pflichtmitgliedschaftsbeiträge diskutiert wird.

Aus demokratiepolitischen Gründen muss die Sozialpartnerschaft weiterhin in der österr. Verfassung verankert bleiben. Die Interessenverbände sind immerhin der Garant für sozialen Frieden und Wirtschaftswachstum in Österreich. Wenn es keine Interessenvertretung gibt, gibt es auch keine angemessenen Kollektivvertragsverhandlungen mehr!

Den türkis (ehemals schwarzen) - blauen Konservativen Newcomers geht es um das Zerschlagen einer starken Interessenvertretung für Arbeiter und Angestellte. Durch Beratung, Prüfen von Gesetzen, politischen Stellungnahmen oder Studien setzt sich die AK für ihre 3,6 Millionen Mitglieder ein.

816.000 AK-Mitglieder zahlen überhaupt keine Beiträge, haben aber trotzdem Zugriff auf die vollen Leistungen. Wesentliche Leistungen der AK sind die z.B. 1.300.000 kostenlosen Beratungen in arbeits-, sozial- und insolvenzrechtlichen Fragen. Stark nachgefragt wird auch Konsumentenschutz und Steuerberatung. Eine Vielzahl von Serviceleistungen etwa für Bildung und Kultur wird Vereinen finanziell geboten. Den Staufliieger in Linz sponsert die AK OÖ, auch für jene, die keine AK Mitglieder sind! Die Mitglieder zahlen 0,5 Prozent vom Bruttolohn, im Schnitt weniger ab 7 Euro im Monat, maximal sind es 14,44 Euro.

SPIEL mit dem Feuer

Wer die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern in Frage stellt, will in Wahrheit die Rechte der Arbeitnehmer/innen schwächen. Wehret den Anfängen einer türkisblauen Regierung!

Für das Tagebuch des Finanzministers

Große Konzerne nutzen weltweit viele Schlupflöcher, um so gut wie keine Steuern auf Gewinne zu zahlen. Den Staaten entgehen so unzählige Milliarden Euro.

Türkis (schwarz) – blau ruft nach einer Steuersenkung. Die Steuer- und Abgabenquote soll unter 40 % gedrückt werden. Für die Menschen bedeutet das aber nicht automatisch mehr Geld zum Leben!

Ein gut gemeinter Akt in Altersversorgung mit Abschaffung des Pflegeresses ist nun ein Zankapfel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wer kommt für die hunderte Millionen Euro fehlender Heimkosten, 24-Stundenpflegekosten auf?

Spendenabsetzbarkeit NEU

Im Rahmen der Steuerreform 2016 wurde auch beschlossen, dass die absetzbaren Spenden durch die Organisationen der Finanzverwaltung bekannt gegeben werden müssen.

Was bedeutet das nun für Sie?

Sie müssen sich hier um nichts mehr kümmern und keine Spendenbelege mehr sammeln. Die von Ihnen geleisteten Beträge werden automatisch von der Organisation an die Finanzverwaltung gemeldet. Diese Daten werden zukünftig automatisch in Ihrer Veranlagung berücksichtigt. Der Organisation müssen Sie dazu Ihren richtigen Namen (laut Melderegister) und ihr Geburtsdatum bekannt geben. Nur mit diesen Daten kann die korrekte Zuordnung erfolgen. Auf finanzonline.at können Sie überprüfen (ab März 2018), welche Organisationen welche Daten für Sie übermittelt haben.

! Mehr Infos finden Sie auf bmf.gv.at/spenden!



Sozialversicherung-Zusammenlegung gefährlich

Das Gesundheitswesen in Österreich sichert 8,8 Millionen Menschen Zugang zu Leistungen auf hohem Niveau. Eine Studie der London School of Economics and Political Science (LSE) zeigt, dass es für Reformen weder die Zerschlagung bestehender Strukturen einzelner Kassen noch eine Zusammenlegung in unseren Sozialversicherungen braucht. Damit alle Kassen ihren Versicherten einheitliche Leistungen zur Verfügung stellen können, ist ein finanzieller Ausgleich zwischen den einzelnen Kassen notwendig. Denn manche Kassen haben Versicherte mit geringem Arbeitslosigkeitsrisiko, mit hohem Einkommen und daher konstant hohen Beitragseinnahmen, während andere überdurchschnittlich viele Versicherte mit sozialen und gesundheitlichen Problemen, viele Arbeitslose und Pensionisten unter den Versicherten haben. Die Leistungen müssen aber für alle Menschen in Österreich gleich sein. Solidarität ist Fundament unserer Sozialpolitik!

Sparwahnsinn auf Rücken der ArbeitnehmerInnen

Die türkis (schwarz) blaue Steuerungsgruppe mit Hilfe ihrer 25 Fachgruppen werden hoffentlich bald von der Gewerkschaft und AK zur Einsicht gebracht werden, dass ohne Vorlage eines genauen Konzeptes keine Reduzierung von den 21 auf geplante 5 Sozialversicherungsträger erfolgen kann. Die österreichische Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist verfassungsrechtlich festgeschrieben und kann nicht durch machtgeile Politfrischlinge undemokratisch zum Nachteil der Menschen verändert werden. Gespannt warten wir noch vor Bestellung einer neuen Regierung auf die Stellungnahmen der Sozialversicherungen und Krankenkassen. Durch die Digitalisierung wird sicherlich eine Fusionierung in kleinem Rahmen möglich sein, wenn alles arbeitsrechtlich und verfassungsrechtlich geklärt ist.

Die gut funktionierenden Strukturen müssen weiterhin genutzt werden um die Leistungen für die Versicherten optimal zu erbringen.

Zu Bedenken: Die Stehaufmenschen!

Jeder von uns hat es schon mal erlebt: eine Krise! Sei es eine wichtige Prüfung, die man nicht besteht, eine Trennung, schwere Krankheit, Arbeitslosigkeit oder der Verlust einer geliebten Person. Situationen, die einen schwer belasten, gehen natürlich nicht spurlos an uns vorüber. Manche Menschen trifft eine Krise so stark, dass sie keinen Weg mehr heraus finden. Es gibt allerdings auch Menschen, denen es gelingt, selbst die schwersten Schicksalsschläge wegzustecken und nach einiger Zeit wieder ein glückliches Leben zu führen. Diese sind dabei nicht unempfindlicher gegenüber Leid als andere, sie gehen in ihren Krisen durch genauso viele Tiefs, wie jeder andere. Doch irgendwie schaffen sie es trotzdem, auch wieder aus der Krise herauszukommen, sind richtige „Stehaufmenschen“. In der Psychologie spricht man hier von „Resilienz“.

Resilienz ist die psychische Widerstandskraft von Menschen, die trotz schwierigster Umstände gesund bleiben, Krisen meistern und aus diesen gestärkt hervorgehen. Und – **Resilienz ist erlernbar**. Akzeptieren Sie die Realität so wie sie ist und sehen Sie sich nicht als Opfer, sondern übernehmen Sie Verantwortung für ihr Leben! Glauben Sie daran, dass Sie ihr Leben selbst in der Hand haben und

etwas an der schwierigen Situation ändern können. Seien Sie sich bewusst, dass es schwere Zeiten im Leben gibt, diese aber auch wieder vorbei gehen, wenn Sie aktiv daran arbeiten. Jede Krise kann auch etwas Positives mit sich bringen. Verharren Sie nicht in der Krise, sondern schauen Sie in die Zukunft. Wenn notwendig suchen Sie nach neuen Optionen, um wieder glücklich zu sein. Nehmen Sie Hilfe an und fragen Sie ganz konkret danach. Familie und Freunde, aber auch öffentliche Stellen, Vereine oder Beraterinnen und Berater geben ihnen in schweren Zeiten Halt und Unterstützung.

Resilienz ist keine Charaktereigenschaft, sondern ist erlernbar und trainierbar.

BUCHTIPP

Und wo bleibt der Respekt?

Immer wieder liest man von gewalttätigen Jugendlichen – oft dreizehn-, vierzehnjährigen – und fragt sich: Was ist los mit diesen Kindern, die doch so viele Freiheiten genießen wie keine Generation vor ihnen? Auf diese Frage suchen wir vergeblich bei den Jungen eine Antwort – und finden sie nur bei uns, den Erwachsenen. Schlechte Beispiele verderben nicht nur gute Sitten, sondern lassen sie erst gar nicht zu.

Was können wir von Jungen erwarten, wenn ihnen wie in den letzten Wochen, von uns vorgeführt wird, wie niederträchtig man miteinander umgehen muss? Was erwarten wir von Brutalo-Krimis im staatlichen Fernsehen, die regelmäßig Anleitungen zum Abstechen von Kontrahenten liefern? Oder, wie neulich, einen Pornokrimi mit visuellen und verbalen Anregungen zum Beschimpfen und Beleidigen für fantasievolle Teenager? Wir Erwachsenen sind es, die die Würde und den Respekt einem verantwortungslosen Freiheitsbegriff immer wieder opfern.

Haben vor allem jene, die in der Öffentlichkeit wirken, total vergessen, dass wir von den Jungen als Vorbild wahrgenommen werden? Was können wir erwarten, wenn wir nur mehr Headlines und Rekordeinschaltquoten im Kopf haben? Eine Hirnentlüftung wäre dringend nötig. . .

FRAU VON WELT . . . mehr Tobisch im Buch „Alter ist nichts für Phantasielose“ (Amalthea)



Parteilose
Gewerkschafter

Salzburger LehrerInnenverein TEAM SALVE

Sigi Gierzinger,
Obmann SALVE,

Katharina Moltinger,
Schriftführerin SALVE

Gehaltserhöhung für den Öffentlichen Dienst knapp über der Inflationsrate

Der Gehaltsabschluss für die Bediensteten im öffentlichen Dienst liegt für 2018 erfreulicher Weise über der Inflationsrate, womit die Bediensteten eine reale Einkommensverbesserung erhalten. Damit konnte von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst eine spürbare Erhöhung der Gehälter erreicht werden.

Auch wenn alle (Mitglieder wie jene, die nicht Mitglied der Gewerkschaft sind) in den „Genuss“ der Gehaltserhöhung kommen, darf an dieser Stelle betont werden, dass nur (mitglieder)starke Gewerkschaften Erfolge für die Bediensteten erreichen können. Im Sinne dieser starken Solidargemeinschaft ersuchen wir um rege Werbungstätigkeit in den Betrieben.

Kettenverträge im Öffentlichen Dienst

Unglaublich, aber wahr: Für Lehrer/innen im neuen Dienstrecht ist eine Kündigung nicht möglich. Das bedeutet, dass ein „Ausstieg“ oder Wechsel in ein anderes Bundesland bis zu 5 Jahre lang nur jeweils zu Schulschluss möglich ist. Gerade in Hinblick auf den Lehrer/innenmangel werden sich unter diesen Bedingungen wohl viele Kolleginnen und Kollegen überlegen, unter solchen Voraussetzungen den Dienst anzutreten. Hier wird es noch zahlreicher gewerkschaftlicher Anstrengungen bedürfen, die Bedingungen für Arbeitnehmer/innen zu verbessern.

Wünsche an die neue Bundesregierung – oder besser doch fromme Wünsche an das Christkind

Wie wäre es zur Abwechslung einmal mit mehr Wertschätzung für Lehrerinnen und Lehrer statt des Lehrerbashings? Lehrerinnen und Lehrer brauchen Wertschätzung und Vertrauen, Unterstützungspersonal und mehr Ressourcen.

Wie wäre es zur Abwechslung einmal damit, Lehrerinnen und Lehrern ihre pädagogische Freiheit wiederzugeben, statt sie immer mehr zu gängeln und „gleichzuschalten“?

Wie wäre es zur Abwechslung einmal damit, statt unzähliger „Experten“, die das Klassenzimmer nur von außen kennen, einmal die Lehrerinnen und Lehrer zu befragen, was Schule braucht?

Wie wäre es zur Abwechslung einmal damit, Reformen im Bildungsbereich von unten zu entwickeln statt von oben zu verordnen?

Wie wäre es zur Abwechslung einmal damit, die überbordende Verwaltung endlich auf die ihr zustehende Rolle zurück zu drängen und der Pädagogik wieder den wichtigsten Stellenwert in der Bildung zu geben?

Wie wäre es zur Abwechslung einmal damit, etwas positive Ruhe in die Schulen einkehren zu lassen, anstatt von einer Testerei zur anderen zu hetzen?

Wie wäre es zur Abwechslung einmal damit, das Geld für Hochglanzbroschüren zu sparen und sinnvoller Weise direkt den Schulen zukommen zu lassen?

Über Glück von Dr. Bernd Balke – ein Buch, das mitten ins Leben zielt, Kapital für den, den´s angeht! Jeder Mensch will glücklich sein. Was aber ist Glück überhaupt? Mit dieser Frage beschäftigen sich heute längst nicht mehr nur die klassischen Disziplinen Philosophie und Theologie, sondern auch die Biologie, Biochemie, Soziologie, Psychologie, Sozialpsychologie, Kulturanthropologie, Staatstheorie und Ökonomie. Und dennoch: Der wissenschaftlichen Glücksforschung ist es bislang nicht gelungen, einvernehmlich Glück zu definieren.

Wir gratulieren herzlich zum Geburtstag

50 Jahre: Klaus Haindl,
Linz am 7. 9. 2017

Karl Preindl,
Linz am 5. 12. 2017

60 Jahre: Harald Erhardt,
Linz am 5.11.2017

Wille zur Macht (Das Papier nicht wert)

Von Baruch Spinoza (1632-1677), einem holländischen Philosophen, stammen die Zitate: „Jeder hat so viel Recht, wie er Macht hat“ und „Das was Paul über den Peter sagt, sagt mehr über den Paul aus als über den Peter.“ Unter diesen Voraussetzungen sollte man den letzten Nationalrats Wahlk(r)ampf sehen. Denn was da an Impertinenzen in Zeitungen auftauchte, ständig am Köcheln gehalten und durchgewalkt wurde, spottet jeder Beschreibung. Dafür sind wir in den sogenannten tagesaktuellen Printmedien zumeist von einem richtig verschont geblieben: von Inhalten. Wer dem Zeitungsverleger besser zu Gesicht stand, der bekam Gratiswerbung. Dabei war es egal, dass die Aussagen verschiedener Spitzenkandidaten wie aus dem Drehbuch einer Kinderserie stammten, solange es mit viel Herzlichkeit gegenüber dem Wähler, Untergriffigkeit gegenüber dem politischen Mitbewerber und Schockiertheit bei Angriffen auf die eigene Person transportiert wurde. Derartiges wurde in Berichterstattungen fleißig unterstützt und dazu noch Öl ins Feuer gegossen. Was manche Tageszeitungen an „Qualitätsjournalismus“ an den Tag legten, dafür schämt sich normalerweise sogar die „Regenbogen“-Presse. Eines fällt immer mehr auf: Medien – und hier sind die Printmedien ganz weit vorn – haben sich still und heimlich von der journalistischen Information vertschüsselt und wenden sich immer mehr der politischen Meinungsmache hin. Keine der Tageszeitungen in Österreich hat es bei dieser Wahl geschafft, dass man nicht spätestens nach der Headline gewusst hat, welcher Kandidat von ihr präferiert wurde. Die Wahrheit verdrehen, mit Schmutz werfen, das eigene Weltbild zu postulieren und dafür noch Presseförderung, also unser Steuergeld zu kassieren ist gelinde ausgedrückt eine Schande sondergleichen!

Mario Hirner / Rosenau/Sonntagberg

CROWDWORK: ENDE

Immer mehr Beschäftigte arbeiten für Crowdwork-Plattformen wie MyLittleJob, Jovoto oder Clickworker – meist ohne Arbeitsvertrag und unter dem Mindestlohn. AK und ÖGB fordern daher klare Regelungen für diese Beschäftigten. Plattform <http://faircrowd.work> Diese Plattform soll Arbeiterinnen helfen, sich zu informieren, zu organisieren und ihre Rechte durchzusetzen.

PHISHING-MAILS

VORSICHT, Internetbetrüger/innen unterwegs

Wer seine E-Mails öffnet, ärgert sich oft über Nachrichten von DHL, A1 oder Banken. Auch wenn diese täuschend echt aussehen, stehen sie mit diesen Unternehmen nicht in Verbindung. Mit „Phishing-Mails“ versuchen Betrüger/innen, an persönliche Daten wie Name, Kontonummer oder PIN-Code zu kommen. Erst kürzlich wurde eine Bankkundin aufgefordert, ihre Online-Banking-Zugangscodes bekannt zu geben. Kurz darauf fehlten 1.616 Euro auf ihrem Konto. Wichtig ist daher, solche E-Mails zu ignorieren und gleich zu löschen. Denn Banken, Online-Shops und Versicherungen fragen niemals KundInnen Daten per E-Mail ab. Beispiele für „Phishing“ und Betrug im Internet:

<http://bit.ly/2wShG6m>, <http://bit.ly/2wcEINQ>

„Ingenieur/in“ gilt jetzt mehr

Der/die HTL-IngenieurIn gilt endlich gleich viel wie der (akademische) Bachelor – zumindest im Nationalen Qualifizierungsrahmen (NQR), der europaweit Qualifikationen vergleichbar machen soll. Für das Erlangen dieser Qualifikation ist zu einem HTL-Abschluss und einer dreijährigen fachbezogenen Praxis zusätzlich ein Fachgespräch notwendig. „Das ist eine längst überfällige Aufwertung der Qualifikation IngenieurIn für HTL-Absolventen/innen.“

PFG-Ansprechpartner für:

OBERÖSTERREICH

Otmar Höfler Tel. 0650 400 2339
e-Mail: otmar.hoefler@aon.at

Peter Schnaitter Tel. 069911509293
e-Mail: pschnaitter@ms-stahlhandel.at

Heinz Weißmann Tel. 0650 6032591
e-Mail: heinz.weissmann@aon.at

SALZBURG Sigi Gierzinger Tel. 0660 4850 480
e-Mail: sigi.gierzinger@gmx.at

WIEN, BURGENLAND UND NIEDERÖSTERREICH:

Gerhard Kogler Tel. 017264879
e-Mail: info@pfg.at

STEIERMARK, KÄRNTEN:

Georg Auer Tel. 0664 8330890
e-Mail: georg.auer@andritz.com

Siegfried Trauch Tel. 0676 89554774
e-Mail: s.trauch@at.ats.net

TIROL, VORARLBERG:

Herbert Unterwandling
Tel. 0699/ 10560894
e-Mail: h.unterwandling@gmx.at

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
Parteifreie Gewerkschafter Österreichs, Anastasius Grünstraße 1,
A-4020 Linz. Verlagsort Linz. Tel +FAX 0732 / 651073.

[http:// www.pfg.at](http://www.pfg.at)

Bankverbindung:

BAWAG P.S.K., IBAN AT 66 1400 0467 1033 0255
BIC BAWAATWW; Konto. Nr. 46710330255 BLZ 14000.

Hersteller: Agentur Herzberger, 4050 Traun, Hanfpointstraße 106.
Redaktionelle Bearbeitung, Layout und Fotos: Ing. Otmar Höfler

Österreichische Post AG – info.mail-Entgelt bezahlt